



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/X/22 - 27.1.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Unlösbares Widersprüche	S. 1
Wozu noch westdeutsche Divisionen?	S. 4
Rückschrittliches Schulgesetz in Rheinland-Pfalz	S. 6

Die letzte Chance des BHE

Von besonderer Seite

Der außerordentliche Bundesparteitag des BHE, der am kommenden Wochenende in Bonn stattfinden sollte, bedeutete vielleicht die letzte Chance, dem inneren Zerfall zu entgehen. Dazu gehörte allerdings, dass diese Partei zu den Motiven und Vorstellungen ihrer ersten Jahre zurückkehrte. Abgesehen von der parteipolitischen Sammlung der "Heimatvertriebenen und Entrechteten" hatte man sich nämlich in den Führungskreisen des BHE das Ziel gesetzt, eine Sozialpartei zu werden. Sie sollte alle erfassen, die aus den verschiedensten Gründen den Weg zur SPD nicht finden konnten. Das aufwühlende Erlebnis der Vertreibung und des Verlustes aller materiellen Güter hatte diesen Personenkreis politisch reif gemacht für Sozialreformen, an die man in der früheren besitzbürgerlichen Umwelt nie gedacht hätte. Hinzu kam, dass das persönliche Schicksal der Vertreibung aus den Anhängern des BHE eine Kraft erwachsen liess, von der man erwarten durfte, dass sie zur Avantgarde jeder gesamtdeutschen Politik werden würde. Diese Note wurde nach außen hin durch die Umbenennung in "Gesamtdeutscher Block/BHE" noch unterstrichen. Was aber ist in der Praxis der letzten fünf Jahre aus dieser Partei geworden?

Der BHE ist nach den ersten Anfangserfolgen nie mehr aus der Sorge um die Bewältigung der 5 %-Klauseln herausgekommen, d.h. er hat nicht einmal alle Heimatvertriebenen an sich heranziehen können, von den Plänen, ein weit darüber hinaus um sich greifender "Block" zu werden, ganz zu schweigen. Woran liegt das?

Als Parteiführer ungeeignet

Der BHE hat nie eine revolutionäre Führung gehabt. Der heutige Bundesminister Kraft, der den BHE in Schleswig-Holstein gründete und der später die in den anderen Bundesländern entstandenen Partei-Gründungen gleichen oder ähnlichen Namens zu einem Bundesverband vereinigte, erwies sich als Parteiführer offenbar völlig ungeeignet. Dieser routinierte Minderheitenpolitiker aus Westpreußen mag zwar die Befähigung zu einem Ministeramt auf Landesebene mitbringen, aber in seiner Eigenschaft als Parteichef hat er nur eins erreicht: den "Heimatvertriebenen und Entrechteten" wurden alle Zähne gezogen, mit denen sie den Maschinisten der westdeutschen Bundesrepublik hätten gefährlich werden können. Adenauer ist ihm allein schon aus diesem Grunde zu ewigem Dank verpflichtet.

Hinzu kam der Unfall aus außenpolitischem Gebiet, als Kraft plötzlich entgegen allen Parteibeschlüssen aus dem "bedingten Nein" des BHE zum EVG-Projekt ein "bedingtes Ja" zauberte, das er und seine Vertrauten allmählich immer offener zu einem "unbedingten Ja" verwandelten. Nachdem man einmal im Kielwasser Adenauers schwamm, kam man aus dem Sog nicht mehr heraus. Gleichzeitig verstanden es Kraft und seine "Hofkamarilla", wie im BHE der Kieler Bundesvorstand genannt wurde, innerhalb der Partei zu laut werdende, widerstrebende Elemente an die Wand zu drücken und mundtot zu machen. Als erster zog daraus der hessische Landtagsabgeordnete Dr. Draub die Konsequenzen und trat zur SPD über.

Die Folgen des EVG-Umfalles

Eine entscheidende Wendung trat mit dem Tage ein, an dem in Bonn eine eigene BHE-Fraktion in den Bundestag einzog, nachdem man mit Mühe 5,6 % erreicht hatte. Dieses magere Wahlergebnis wurde innerhalb des BHE vielfach auf den EVG-Umfall zurückgeführt. Mit jenen Bundestagsabgeordneten traten nun Kraft und seinen Mitspielern Parteifunktionäre gegenüber, die nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich immun waren. Und das spielt in einer Partei armer und verarmter Leute eine große Rolle.

Hinter den persönlichen Machtkämpfen an der Oberfläche des BHE brodelt aber eine grundlegende Krise der Partei, wie man bereits von Kraft selbst nach dem Bielefelder Parteitag und inzwischen von allen Bonner BHE-Abgeordneten hören konnte. Es handelt sich dabei in letzter Konsequenz um eine nicht mehr aufzuhaltende Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Opportunisten innerhalb der Parteiführung, die völlig von der Bonner Atmosphäre assimiliert worden sind, und den gutgläubigen Anhängern auf Orts- und Kreisebene, die sich langsam verraten und verkauft vorkommen.

Im reaktionären Schatten

Den führenden Köpfen der innerparteilichen Opposition müßte nach den immer wieder vergeblichen Versuchen einer Koexistenz mit dem Adenauer-Flügel allmählich klar geworden sein, dass der BHE nur wieder auf die Beine kommen kann, wenn jene Kräfte ausgeschaltet werden, die in den

Vorstellungen ehemaliger Deutschnationaler leben und nicht mehr über ihren alten reaktionär-besitzbürgerlichen Schatten springen können und die darum so gut in das Bonner Konzept passen. Allerdings scheinen die Oppositionellen innerhalb des BHE meistens immer noch Angst vor der eigenen Courage zu haben, wenn es gilt, sich gegenüber der Adenauer-Clique durchzusetzen. Statt Kraft endgültig das Mißtrauen auszusprechen, ließ sich die Fraktion wieder einmal breitschlagen und gab ihm die Möglichkeit eines taktischen Rückzuges. Mit der sogenannten Behebung "persönlicher Differenzen" dürfte dem BHE nicht geholfen sein, denn es geht doch um Grundsatzfragen, die man entweder einmal auskämpft oder an denen man langsam erstickt.

Schließlich hat die dominierende Stellung jener betont bürgerlichen Kräfte der Parteiführung z.B. alle Versuche, innerhalb des BHE zu einer einheitlichen Konzeption in der sozialen Frage zu kommen, scheitern lassen; man kann eben auf diesem Gebiet keine Synthese zwischen Sozialrevolutionären und den sich schon wieder saturiert fühlenden Bürgern Bonner Prägung finden.

Der falsche Name

Gleiches zeigte sich bei allen Versuchen, eine einheitliche Auffassung über den besten Weg zur Wiedervereinigung zu finden. So, wie weite Teile des westdeutschen Bürgertums lieber in einem halben Adenauer-Deutschland als in einem möglicherweise von einer sozialdemokratischen Mehrheit gelenkten Gesamtdeutschland leben wollen, sind auch innerhalb der bürgerlichen BHE-Führung derartige Überlegungen maßgebend. Der instinktive Zusammenhalt der bürgerlichen Führungskräfte des BHE mit der Partei des Bundeskanzlers - trotz aller von dort bezogenen Chreizeigen - hat dazu geführt, dass der BHE auch auf außenpolitischem Gebiet einen falschen Namen führt und keine Berechtigung mehr hat, sich "gesamtdeutscher Block" zu nennen.

Es wäre bedauerlich, wenn diese Partei, die der gegebene Koalitionspartner für die SPD sein könnte, an dem unheilvollen Wirken ihrer bürgerlichen Opportunisten zugrundegehen würde. Die einzelnen Landesverbände des BHE, die für Bonn vorgesehenen Delegierten und alle Mitglieder dieser Partei sollten nichts unversucht lassen, doch noch einen außerordentlichen Parteitag zu erzwingen. Denn solange keine Klärung herbeigeführt ist, kann der BHE für niemanden ein bündnisfähiger Partner sein, weder für die CDU noch für die SPD.

* * *

"In offiziellen Erklärungen geben wir zwar der Hoffnung Ausdruck, dass Deutschland irgendwann einmal wiedervereinigt wird, aber unsere Handlungen laufen in entgegengesetzten Richtungen".

"Wallstreet -Journal", zitiert
nach "Frankfurter Allgemeinen
Zeitung", 26.8.1953

* * *

Wiederaufrüstung im Schatten der Atomstrategie

-tt.- Zwei prominente US-Amerikaner haben in diesen Tagen ihrer übereinstimmenden Überzeugung Ausdruck gegeben, dass mit einem militärischen Angriff der Sowjetunion nicht zu rechnen sei. Amerikas Ex-Botschafter in Moskau, Georg F. Kennan, erklärte, die Sowjets seien zu der Ansicht gekommen, ein allgemeiner Krieg zwischen Westen und Osten würde selbst dann, wenn er in seiner militärischen Anfangsphase für sie erfolgreich verlaufen sollte, im Ganzen genommen doch zu gefährlich und zu kostspielig sein. Der scheidende Oberkommandierende der amerikanischen Truppen in Europa, der Vier-Sterne-General William H. Hoge, äußerte, dass die sowjetischen Angriffsabsichten gegenwärtig geringer erschienen als in der Vergangenheit.

Diese beiden Feststellungen, die als die heute maßgebende Ansicht der politischen und militärischen Führung der USA gewertet werden können, sind eine der beiden Tatsachen, die bei einer ernsthaften Überlegung über die militärpolitische Lage Westdeutschlands zu beachten sind. Die zweite Tatsache ist die sich geradezu überschlagende Entwicklung der modernen Massenvernichtungswaffen und die sich daraus ergebenden strategischen Konsequenzen. Britische und amerikanische Experten sind der Meinung, dass mit der Anwendung der H-Bombe auch dann zu rechnen sei, wenn das zur Abwehr eines zahlenmäßig überlegenen Gegners erforderlich wäre, selbst wenn er zunächst keine Atomwaffen einsetzen sollte. In einem solchen Falle würden deshalb die ersten 20 bis 30 Stunden kriegsentscheidend sein. Das aber bedeute, dass der Schwerpunkt der Verteidigung bei der Luftwaffe liege.

1960 - Gleichgewicht in Atomwaffen

Aus NATO-Führungskreisen ist bekannt geworden, dass die völlige Umstellung auf Atomwaffen, zu der man sich jetzt entschlossen hat, etwa 1960 beendet sein würde. Gleichzeitig haben die Untersuchungen der westlichen Generalstäbe über die waffentechnische Entwicklung und Rüstungsproduktionskraft der Sowjetunion ergeben, dass Moskau ebenfalls etwa 1960 den Atomvorsprung des Westens aufgeholt haben dürfte. In spätestens fünf Jahren würden der Westen und der Osten das Atomgleichgewicht hergestellt haben. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wird sich also, um noch einmal George F. Kennan zu zitieren, der Zustand ergeben haben, dass "der grausige Alpdruck der Atomwaffen sich durch die Möglichkeit der Vergeltung mit gleicher Münze gewissermassen von selbst aufhebt, mit anderen Worten, dass diese Waffen gar nicht erst zum Einsatz kommen werden".

Die Strategie der Weltmächte operiert mit Größen und Maaßen, angesichts deren die Besessenheit, mit der Westdeutschlands Regierung auf der Aufstellung der zwölf Divisionen besteht, nur noch mit Bedauern vermerkt werden kann. Auch wenn Adenauer selbst erst vor wenigen Tagen die "Stärke" - Bedeutung dieser westdeutschen Streitkräfte auf das tatsächliche Maß abgewertet hat, kann leider nicht

damit gerechnet werden, dass ihm wirklich klar geworden ist, wie sehr die Atomstrategie der Weltmächte bereits über die konventionellen Militärplanungen hinweggegangen ist.

"Wir brauchen die Deutschen"

Wenn die Bonner Regierung sich auf die ständig wiederholten Erklärungen der westlichen Militärstäbe und auch des NATO-Oberbefehlshabers general Alfred M. Gruenther stützt, dass "wir die Deutschen brauchen", dann sollte sie nicht übersehen und auch nicht unterschlagen, dass derselbe General Gruenther als die einzige Möglichkeit, mit der gewaltigen Überlegenheit der Ostblockstaaten an Soldaten und an "konventionellen" Waffen fertig zu werden, die Anwendung von Atomwaffen festgelegt hat. Und vielleicht nimmt man im Bundeskanzleramt auch zur Kenntnis, dass das absolute Schwergewicht des westlichen Atomwaffenpotentials bei dem strategischen Luftkommando der USA liegt, das der Nato nicht untersteht und ihr auch nicht unterstellt werden wird. Dieses strategische Luftkommando der USA steht, wie Außenminister Dulles den Alliierten klargemacht hat, nicht unter alliierter Kontrolle: "Soweit das U.S. Strategic Air Command in Betracht kommt, behalten sich die USA das alleinige Handlungsrecht vor. Die USA könnten ihren Alliierten nicht ohne Vorbehalt zusichern, dass sie sie vor dem Einsatz von Atomwaffen konsultieren würden. Ein Krieg könnte auf eine solche Art kommen, dass eine angemessene Konsultation unmöglich sein könnte. Beispielsweise könnten alle Verkehrsverbindungen unterbrochen sein..."

Die geplanten westdeutschen Streitkräfte können angesichts dieser amerikanischen und NATO-Atomstrategie sicher nicht mehr die Bedeutung und die Aufgabe haben, etwa das militärische "Gleichgewicht" zwischen West und Ost herzustellen. Sie haben überhaupt keine nennenswerte strategische Bedeutung innerhalb der großräumigen Verteidigungsplanung des Westens. Ihre Bedeutung liegt auf einem ganz anderen Gebiet.

Freimütiges Eingeständnis

Wie sehr die westdeutschen Divisionen als Politikum eingeplant werden, mag einem Bericht aus dem Heidelberger US-Hauptquartier entnommen werden; den das flämisch-katholische Blatt "gazet van antwerpen" am 13. Januar 1955 veröffentlicht hat. Dort heißt es zur Begründung des neuen US-Planes, die Hauptverteidigungslinie in Westdeutschland näher an die Zonengrenze heranzulegen: "Die Formel 'dichter an den Eisernen Vorhang' ist von der Art, um eine günstige psychologische Wirkung in Westdeutschland hervorzurufen und die Position Adenauers zu stärken". Am 20. Januar 1955 meinte General Gruenther in Kopenhagen dann, ohne die westdeutschen Streitkräfte müßte die NATO-Verteidigung bis zum Rhein zurückgezogen werden, und so wäre ja die dänische Südgrenze ungedeckt. Im übrigen aber würden die Sicherungsmaßnahmen der Pariser Verträge gegenüber diesen westdeutschen Streitkräften vollkommen ausreichen.

Wenn man das Fazit, aus diesem betrüblichen Zirkelspiel mit den tatsächlichen strategischen Planungen der USA und der NATO konfrontiert und dieses Ergebnis wiederum in direkte Beziehung zu dem vitalen deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung und Sicherheit setzt, dann wirkt die Vertragspolitik der Bonner Regierung nur noch makaber. Man sollte daher endlich auch im Bundeskanzleramt die einzig möglichen Schlüsse ziehen - bevor es zu spät ist.

Fortschreitende Konfessionalisierung der Schule

K.H. Mainz

In Rheinland-Pfalz ist vor wenigen Tagen die Freiheit der Volksschule zu Grabe getragen worden. In einer der letzten Sitzungen des Landtags wurde das seit vielen Jahren von der SPD und der fortschrittlichen Lehrerschaft geforderte Volksschulgesetz nach Monaten harter Auseinandersetzungen verabschiedet. Das Ergebnis aber ist ein Gesetz, das die freie Entfaltung der öffentlichen Erziehung weitgehend einschränkt, der Zersplitterung in Zwergschulen, der Konfessionalisierung und der Herrschaft der Verwaltung Tür und Tor öffnet und sie legalisiert.

Der Verabschiedung des Volksschulgesetzes waren Monate harten Ringens vorausgegangen, in denen von der SPD und der Lehrgewerkschaft in immer neuen Protesten und Änderungsvorschlägen versucht wurde, die drohende Beschneidung der Freiheit im Regierungsentwurf mit Hilfe der fortschrittlichen Kräfte zu verhindern. Trotz aller "Reinigungsversuche", die in zweitrangigen Fragen teilweise erfolgreich waren, konnte die "Erbmasse dieses Kindes des Kultusministers" (Finck, CDU), wie in der Schlussdebatte von der SPD betont wurde, nicht verbessert und damit die Entwicklung einer Konfessionsschule ganz neuer Prägung nicht verhindert werden.

Verschwommene Toleranzklausel

Am stärksten umstritten war in den Beratungen die sogenannte Toleranzklausel. Die Regierungsparteien CDU und FDP erklärten sich nicht bereit, "dem ihm Artikel 2 und 3 des Grundgesetzes verankerten Persönlichkeitsrecht und dem Gleichberechtigungsgrundsatz voll Rechnung zu tragen." Die nach hartem Drängen doch endlich angeführte Toleranzklausel ist wesentlich verschwommener. Dafür vertieft das Gesetz die Konfessionalisierung jetzt auch in der Schulaufsicht, stellt die Schule stärker unter die staatliche Verwaltung, bringt sie in unsachgemäße Abhängigkeit von der kommunalen Selbstverwaltung und ermächtigt die Verwaltung, die Beamtenrechte der Lehrer einzuschränken. Den Kinderheiten der anerkannter Religionsgemeinschaften bietet das Gesetz keinen Schutz, freireligiösen und jüdischen Lehrern werden Berufsmöglichkeiten entgegen den Forderungen des Grundgesetzes nach Gleichberechtigung ganz beschnitten.

Unfall der FDP

Aus der Küche der CDU eines Landes kommend, das durch den berüchtigten "Fall Geimer" sein wahres Gesicht zeigte, hatte der Regierungsentwurf, als er vor Monaten vorgelegt wurde, niemanden überrascht. Umso grösser war das Erstaunen weiter Bevölkerungskreise über die Haltung der FDP. Entgegen aller eigenen Grundsätze und im Gegensatz zu früheren Kritiken gaben die sogenannten Freien Demokraten eine liberale Position nach der anderen auf und stimmten allen mittelalterlichen Forderungen der CDU zu, nur um die bisherige Koalition zu retten und die nächste vorzubereiten. Die FDP hat sich dann zwar ihre "staatspolitische Klugheit" genügend bescheinigen lassen, um das bis zum letzten Tage deutliche schlechte Gewissen zu beruhigen. Tausende der Volksschullehrer scheinen jedoch anders darüber zu denken; denn die Unruhe und die Empörung über dieses Gesetz sind bis in die unpolitischen Kreise gedrungen. Aber auch ihre Proteste gegen die Regelung reiner Schulfragen, wie die Blockierung jedes Ausbaues der Oberstufe der Volksschule, blieben von

27.1.1955

der sich sonst so liberal gebärdenden FDP ungehört.

Die SPD hat dem Gesetz ihre Zustimmung versagt und sich spätere Korrekturen vorbehalten. Sie wies noch einmal auf alle Mängel und die nachteiligen Folgen für die Kinder hin. Vorläufig jedoch werden Benachteiligung Andersdenkender, konfessionelle Spaltung und Zurücksetzung gegenüber gehobenen Schularten, auch die Gedanken der Jüngsten - dank der Haltung der Freien Demokraten - belasten und vergiften.

+ + +

Mecki wird getestet

Ist. Unsere alten Rentner sollen anscheinend wirklich keine Ruhe bekommen, bevor ihnen das letzte Stündlein schlägt. 140.000 von ihnen sollen im Frühjahr durch besondere Beauftragte der Bundesregierung über ihre Familien-, Wohnungs- und Lebensverhältnisse befragt werden. Die Betonung dabei liegt auf "Familienverhältnisse", wie wir gleich sehen werden. Die Aktion soll angeblich dazu dienen, die "Grosse Sozialstatistik" zu ergänzen.

Seit Jahren füllten die Rentner Fragebogen aus - man erinnert sich, sie mussten nachweisen, dass sie keine Betrüger seien. Jetzt soll aus ihnen herausgeholt werden, in welcher Höhe sie von Verwandten oder Freunden unterstützt werden, oder welche anderen Einkommen sie haben. Vielleicht hat der eine oder andere gar gross im Toto gewonnen wie Mecki, der westdeutsche Totokönig, der auch ein Rentner war.

Grosse Sozialreform, grosse Sozialstatistik - aber kleine Renten. 62.90 DM im Durchschnitt. Man schämt sich, zu den Steuerzahlern zu gehören, für die diese Bundesregierung unverantwortlich verantwortlich handelt. Sie scheint das Rentnerelend noch immer zu bezweifeln, obwohl es ihr eigenes Statistisches Bundesamt bestätigt hat. Wozu sonst diese nochmalige Befragungsaktion, die keinesfalls den Interessen der Rentner dient?

Natürlich muss die Befragung einen wirklich repräsentativen Querschnitt durch alle Empfänger von Renten und Unterstützungen ergeben, die bei der kürzlichen Untersuchung des Statistischen Bundesamtes über die sozialen Verhältnisse der Empfänger von Sozialleistungen erfasst wurden. Sonst könnte jemand behaupten, die Bundesregierung werde nur solche Rentner befragen, von denen sie annehme, dass sie bestätigen, wie günstig die Lebensverhältnisse der Rentner im Gegensatz zu der landläufigen Ansicht sind. Viel wichtiger als diese neue Rentnertest ist die oft versprochene, aber immer noch ausstehende ausreichende Hilfe für die Rentner im Rahmen der vorbereiteten Sozialreform.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau